Bors. **Bels:** Bon der Beschwerdekommission liegt außerdem der Antrag 204 vor. Der Parteiausschuß beantragt dazu, dem Antrag 204 ohne Debatte beizutreten.

Schaumburg, halle, beantragt zur Geschäftsordnung, den Antrag 204 zur Debatte zu stellen. Die Delegierten müßten wissen, wie die Angelegenheit halle liege.

Bors. Wels erklärt, Parteiausschuß und Beschwerdekommission seien der Meinung, daß eine Klarheit auf dem Parteitag nicht geschaffen werden könne, und daß es nicht der Partei diene, wenn über den Antrag 204 verhandelt werde.

Löbe, Berlin: Das Material, das dieser Streitfrage zugrunde liegt, füllt zwei große Broschüren. Die Kontrolltommission, der Parteiausschuß und die Beschwerdekommission haben sich eingehend mit der Streitfrage beschäftigt. Alle drei sind zu dem gleichen Resultat gekommen. Ich kann mir nicht versprechen, daß, wenn jetz ein großes Gremium diese Angelegenheit behandelt, ein sachkundiges Urteil abgegeben werden könnte. Sinn hat eine Untersuchung nur, wenn sie gründlicher und genauer erfolgen kann. Das ist aber auf dem Parteitag heute nicht möglich. Es siegt im beiderseitigen Interesse, wenn wir davon Abstand nehmen.

Der Parteitag beschließt mit großer Mehrheit, ben Antrag 204 ohne Debatte zu erledigen.

Der Untrag 204 wird barauf gleichfalls mit großer Mehrbeit angenommen.

Gen. Ludwig als Referent des Parteivorstandes gibt folgende Erklärung ab:

"Ich habe einen Auftrag des Parteivorstandes, in meiner Schlußrede auf den Angriff des Gen. Liebmann, Leipzig, gegenüber dem Buche des Gen. Lipinsti zu antworten, nicht erfüllt.

Gen. Liebmann sagt nach dem untorrigerten Stenogramm: "Sehen Sie sich vor allem das Buch des Gen. Lipinsti an, das Gen. Ludwig heute früh so sehhaft empfohlen hat und das ein Lehrbuch für Lehrende sein sollte — das ist ein Abstieg vom Marxismus". Gen. Liebmann sagte weiter: "Es ist jämmerlich, daß die Partei sich so etwas gesallen läßt. Das ist bezeichnend für den Parteivorstandb".

Der Parteiworstand stellt sest: Gen. Lipinski hatte den Auftrag, zwei kleine Bände über die Geschichte der Sozialdemokratie von ihren Ansangen dis zur Gegenwart zu schreiben. Es war vereindart worden, daß es eine kurze, gedrängte, im Telegrammstil geschriebene Geschichte sein sollte, um zu einem gründlichen Studium anregend auf die Leser zu wirken. Der Gen. Lipinski hat sämtliche Stellen, die er aus anderen Geschichtswerken zitieren mußte, durch besonder Auszeichnungen kenntlich gemacht. Der Parteivorskand hat durch den Gen. Adolf Braun den Gen. Lipinski dazu bestimmt, diese Anmerkungen wegkallen zu kassen, und summarisch am Schluse anzussühren. Das ist geschehen.

Gegen die völlig unberechtigte Kritik bes Gen. Liebmann erhebe ich auf bas Schärsite Einspruch."

Es folgt Bunft 6 der Tagesordnung:

## Bericht über die fogialiftische Arbeiter-Infernationale.

Berichterstatter Crispien: Barteigenoffinnen und -Genoffen! Wenn wir bem Bericht über die sozialistische Arbeiter-Internationale gerecht werden

wollen, bann muffen wir uns über bie Wirkungsmöglichkeit unserer Internationale flar fein.

Es darf nicht übersehen werden, daß wir noch keine allumfassende Internationale und noch keine zu direkten umfassenden Aktionen fähige Internationale baben.

Organisatorisch sind wir in der Hauptsache immer noch auf Europa beschränkt. Ideels sind uns Grenzen durch die Zerrissen beit des Broletariats aezogen.

Gewiß, diese großen hemmnisse gegen die volle Entsaltung unseres internationalen Wirkens mussen und werden beseitigt werden. Doch sind sie vorhanden und können leiber nicht von heute auf morgen zum Verschwinden gebracht werden.

Die organisatorische Ausdehnung der Internationale hängt nicht nur, nicht einmal in erster Linie, von den Fähigseiten und der Rührigseit ihrer Führung ab. Sie wird zunächt bestimmt von der öfonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Entwicklung der Bölfer und insbesondere der Arbeiter Amerikas, Afrikas und Australiens. Bom Kortrupps auf anderen Kontinenten abgesehen, kann sich unsere Internationale nur dort voll entsalten, wo sie das moderne Massenperoletariat schon auf einer bestimmten Entwicklungsstuse des Klassenkopens start genug ist, seinen beimischen Unterdrückern erfolgreich entgegenzutreten, wird es imstande sein, auch international zu kämpsen.

Die internationale sozialistische Organisation des Proletariats tann nur die Frucht seiner nationalen Organisations: und seiner sozialistischen Erziehungsarbeit sein.

Daß dem so ist, das bestätigte der Verlauf des Weltwanderungs fongresses. Er war ein Unternehmen über den organisatorischen Rahmen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerfschaftsbundes hinaus. Die Frage der Eins und Auswanderung erlangt durch die anhaltende allgemeine Erwerbslosisseit in allen alten Industriestaaten erhöhte aktuelle Bedentung. Der Marseiller Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wies in seiner Resolution über die Arbeitslosigkeit darauf hin, daß "eine ernstliche Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit nicht möglich ist, wenn man die notwendige Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses aus armen, verarmten, von der Krise betrossenen Gegenden in reiche und gute Arbeitsgelegenheiten bietende Gegenden verhindern wollte. Der Anspruch der Bevölkerung geringer Jahl auf den ausschliehlichen Besits weiter und reicher Gebiete ist unvereinbar mit der Aufrichtung jener internationalen Ordnung, auf welche alle Anstrengungen unserer Organisation absiesen."

Auf bem ersten proletarischen Weltwanderungstongreß, Juni 1926, waren Arbeitervertreter aus Europa, Amerika, Asien und Australien anwesend. Wie groß war die Verschiedenheit der Aufsassungen über das Wanderungsproblem!

Die Vertreter der Arbeiterpartei Australiens sprachen sich ohne Vorbehalt für das absolute Verbot der Einwanderung farbiger Arbeiter aus. Australien soll ein weißes Land sein. Die australichen Arbeiter machen aus der Wanderungsfrage ein Rassenproblem. Die Vertreter der Arbeiterpartei Neusleelands, mit ihnen die der anderen Einwanderungsländer, verlangten Sicherungen dafür, daß die Einwandernden nicht die Lebensbedingungen der einheimischen Arbeiter herabdrücken dürsen. Das Mittel der organisatorischen Jusammensassung, der gewerksichaftlichen und politischen Schulung der Einwanderten schulung der Einwanderten schulung der Einwanderten schulung der Einwanderten schulung die sein, um ihnen die Wonoposstellung zu kichern, die sie

einnehmen. Sie sind für weitgehendste Beschräntung der Einwanderung mit Rücksicht auf ihre errungenen sozialen Besserungen, ohne sich um die Proletarier der übrigen Länder zu kummern. Gegen diese Ansichten der vom Schickal bevorzugten Arbeiter wandten sich die Vertreier der Arbeiter Polens und Indiens. In diesen Ländern ist ein großer Ueberschuß von Menschen vorshanden, der nach anderen Ländern mit unendlich besseren Arbeitsgelegenheiten abfluten will.

Die Gegensätze auf dem Weltwanderungskongreß waren so stark, daß an die Lösung der großen grundsätzlichen Fragen der Eine und Auswanderung nicht gedacht werden konnte. Nicht einmal das Prinzip der Freizügigkeit konnte zur einmütigen Anerkennung gebracht werden (Hört, hört!), wenn auch in der Kommission eine Mehrheit für die Freizügigkeit vorhanden war.

Der Kongref beschränkte sich auf eine Berständigung über verschiedene aktuelle praktifche Fragen, durch die das Los der Wandernden im gegenswärtigen Umfang der Wanderungsmöglickleiten erleichtert werben soll

Der Weltwanderungskongreß war für die proletarische Bewegung Europas von großem Interesse. Er zeigte auf, daß es aus anderen Erdreisen noch ganz andere Probleme als in Europa gibt, mit denen sich die Arbeiter auseinandere seinen müssen. Der Kongreß war auch ein Fortschritt. Er führte die Bertreter der verschiedenen Kontinente zu einer ersten Aussprache zusammen und schufso, troh aller inneren Meinungsverschiedenheiten, die Anfänge einer internationalen Verständigung der Proletarier aller Länder über wichtige Gegenwartsfragen. Der Wanderungskongreß zeigte aber auch die Schwierigsteiten auf, die wir bei der organisatorischen Ausbehnung unserer Internationale zu überwinden haben.

Es ist die Idec ausgetaucht, ich glaube, zuerst bei den amerikanischen Genossen, zwischen die Exclutive und den Kongreß eine Internationale Sozialistische Konferenz zu schlieben. Diese Konferenz soll die zweisbis dreische Mitgliederzahl der Exekutive haben und eiwa einmal im Jahre
öffentlich tagen. Dadurch würde die Nötigung, den Kongreß öfter als alse drei Jahre zusammentreten zu lassen, wesentlich vermindert werden.

Gegen diese Joee haben eine Reihe von Parteien ernste Bedenken. Die Exekutive ist eine Körperschaft von mehr als 40 Mitgliedern. Die Internationale Konferenz würde bemnach mehr als 80 ober 120 Delegierte haben. Das wäre schon ein Kongreß mit allen seinen großen sinanziellen Belastungen und Ansprücken an Zeit und Kraft.

Bon der Exekutive sind eine ganze Anzahl von Kommissionen eingesetzt für Bölkerbundsfragen, Abrüstungsfragen, Minderheitenschutz, politische Gesfangene usw. Dazu kommen internationale Konferenzen mit den Bertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Länderkonferenzen, Wanderungsskonferenzen, Wirtschaftskonferenzen und andere Tagungen, Delegationen zu aussändischen Parteitagen, zu internationalen Bruderorganisationen, Jugend, Gewerkschaften, Sport.

Alle diese Beranstaltungen nehmen die Parteien start in Anspruch. Ständig besteht die Gefahr eines Buniels

Die internationale Konferenz könnte obendrein nicht mehr tun, als heute schon von der Exekutive getan wird.

Die Bee der Internationalen Sozialisten-Konferenz soll zunächst von den einzelnen Parteien vorgeprüft werden.

Angeschlossen haben sich der Sozialistische Arbeiter-Internationale seit dem Heibelberger Parteitag die Schweizerische Sozialbemokratie und die Sozialikische Arbeiterpartei Jslands. Auf Island sind 4540 organisierte Sozialdemokraten vorhanden. (Bravo!)

Die Frage der internationalen Einigung des Prolestariats gehört ebenfalls zum Kapitel über die Aktionsfähigkeit der Internationale.

Die Parole der Einheitsfront muß dem ehrlichen Willen zur Einigung entspringen, wenn sie verwirklicht werden soll. Wird sie zur Aussührung eines Manövers gegen den anderen Teil des Proletariats benutzt, dann ift sie eine Berhöhnung des Proletariats, ein ruchloses Attentat auf die Lebensinteressen der gesamten Arbeiterklasse.

Mit der Frage der Einigung beschäftigte fich die Czekutive in ihrer Aprillikung 1926.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hatte beantragt, "es möge die Exefutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale der Kommunistischen Internationale eine gemeinsame Konferenz vorschlagen, mit der Aufgabe, die Möglickeit der Bildung einer allumfassenden Internationale klarzustellen."

Die Antragstellerin meinte, daß die Entwidlung der Gegensätze in der russischen kommunistischen Kartei und in der Kommunistischen Internationale von der höchsten Bedeutung ist und der genaussten Beachtung bedarf. "Die Kommunistische Partei Rußlands hat wiederholt ihre Bereitwisligkeit gezeigt, ihre Politik gemäß den geänderten Umständen zu ändern, z. B. NEP... Sinowjew und der extreme Flügel, der Führer der Oritten Internationale, haben in letzter Zeit in Rußland an Einfluß versoren."

Es zeigte sich aber bald, daß die Kommunisten desto agressiver gegen die Sozialisten auftreten, je mehr sie von der Wirklichteit gezwungen werden, sich politisch anzupassen. (Sehr richtig!) Ihren Rechtsfurs suchen die Kommusnisten vor ihren Anhängern durch wütendere Angriffe und Berfolgungen gegen Sozialisten und durch wildere Phrasen zu verschleiern. (Zustimmung.)

Bevor die Exetutive unserer Internationale über den Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands beraten konnte, hatten die Kommunisten schon die Einigungshoffnungen radikal vernichtet.

Am 20 Februar 1926 erklärte Sinowjem in dem Erweiterten Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale: "Wir können auf die Selbständigkeit, auf die Existenz der Komintern und der kommunistischen Parteien selbstverständlich nicht verzichten. Die Schaffung der Komintern und der kommumistischen Parteien ist die größte historische Tatsache. Deshalb lautet die Antwort (auf die Einigungsvorschläge der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands): Nein, tausendmal nein!"

Die Erweiterte Ezekutive der Kommunistischen Internationale lehnte den Einigungsvorschlag rundweg ab.

Bem ware das überrafchend gefommen?

Die Exefutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale mußte sessiftellen, daß der Borschlag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands völlig aussichtsstos ist. Nach eingehender Debatte wurde der Antrag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands mit 247 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Dasürstimmten die Antragstellerin mit zwei Stimmen und die Unabhängige Sozialdemofratie Polens mit einer Stimme. Die englische Arbeiterpartei, mit 38 Stimmen, gehörte zu den ablehnenden Barteien.

Den Weg zur Einigung haben die Sozialdemokraten der proletarischen Welt gezeigt, als sie 1923 in Hamburg die Sozialistische Internationale wiedererstehen ließen. Das diese geschichtliche Tatischon neun Jahre nach dem Ausbruch des Krieges, 1914, und fünf Jahre nach seinem Ende, 1918, möglich war, zeugt für die Unsterblichkeit der Joeen des internationalen Sozialismus. Bis zur Gründung der Sozialistischen Inter-

nationale von 1889 waren 18 Jahre seit dem Ende der Internationalen

Arbeiterassoziation vergangen. Die boppelte Zeit!

Die einmütige Annahme des Organisationsstatuts der Sozialistischen ArbeitersInternationale in Hamburg löste bei allen stümmischen Beisallsjubel aus. So froh war jeder, obgleich niemand darüber im Untsaren gelassen worden war, daß wir nur einen der ersten Schritte auf dem Wege getan hatten, der uns zu der aktionssähigen, allumkasenden Internationale sübrt.

Wir betonen so nachdrudlich wie möglich, daß wir nicht neue Illusionen bei den Arbeitern erzeugen wollen. Daß wir durch die Wiedererweckung der Internationale zunächst nicht mehr, allerdings auch nicht weniger, erzeichen können, als "die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen

zusammenzufassen."

Wir sind nicht den Weg der Kommunisten gegangen, 21 Bedingungen zu diktieren und die blinde Unterwersung zu fordern. Wir haben die sozialisstischen Parteien organisatorisch zusammengesaßt, die einig sind in ihrem Ziel, Ersezung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische, und einig sind in ihren Methoden, im Klassenkampf das Mittel der Befreiung der Arbeiterklasse zu erkennen

Die Kommmunistische Internationale ist ein hilfsorgan der russischen Regierung. In sinnlosen Putschen hat sie ihre Anhänger von Niederlage zu Niederlage geführt und in ihnen Gesühle der Ohnmacht und der Berzweiflung erzeugt. (Sehr wahr!) Die kommunistische Bewegung ist ein hausen von Sekten und Führercliquen, die sich wild bekämpsen und die unheilvoll zerrättend und demoralisserend auf Teile des Proletariats einswirken. (Lebhaste Zustimmung.)

Die Sozialistifche Arbeiter-Internationale hat gabe Tagesarbeit geleiftet. Ohne Geschrei. Desto mehr mit Erfolg, Die aktuellen Rote ber Zeit bestimmen

unfere internationale Bolitif.

Junächst mußten die verderblichen Wirtungen der ganz Europa gefährbenden Gewaltfrieden beseitigt werden. Es fam darauf an, die Staaten auf den Boden der wirtschaftlichen Berktändigung unter Anerkennung der Gleichsberechtigung zu sühren und die Brandherde zu vernichten, die in Europa überall vorhanden waren.

Zwischen Frankreich und Deutschland mußte, als Boraussetzung des Friedens in Europa, ein friedliches Berhältnis angebahnt werden. Und immer hat hier die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in vollkommener Ueberzeinstimmung mit den Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

erfolgreich gegrbeitet.

Ju beachten ist, daß es sich nicht um Erfolge einer reinen sozialistlichen Friedenspolitit handelt. Eine solche Politit durchzusehen, liegt noch nicht in unserer Macht. Dazu wären vor allem sozialistische Regierungen nötig. (Zustimmung.) Es handelt sich um eine Politik bürgerlicher Regierungen, bei der wir oft für Fortschritte zum Bessern die Entscheidung herbesführten.

Gegenwärtig, wo wir in Deutschland eine Rechtsregierung haben, wo in Frankreich die Linksregierung ebenfalls nicht mehr besteht, wo in England die Konservativen regieren und in Bolen Bilsubsti sein Unwesen treibt, erleben wir, wie in der internationalen Bolitif überall Stodungen und Wendungen aum Schlechteren bervortreten.

Die Arbeit zur Behebung der Note des Tages ist nicht nur ein Augen für das Proletariat, sie führt die unserer Internationale angeschlossenen Parsteien auch immer mehr zusammen und bereitet so die Erörterungen größerer, bisher zurückaestellter. Brobleme vor.

Die Demokratisterung bes Bölkerbunds ist eine unserer Forderungen, die in ihren Einzelheiten noch der Klärung und der Erläuterung bedarf. Dabet wäre wohl von dem Grundsatz auszugehen, daß die Demokratisterung des Bölkerbundes die Demokratisterung der angeschlossenen Staaten zur Boraussekung hat.

In ihrer Auguststung 1926 hat sich die Exctutive mit diesen Fragen schäftigt. Soll es ein Bund der Regierungen, ein Bund der Bölfer oder ein internationales Parsament sein? Sollen die Regierungen die Vertreter in den Völkerbund entsenden? Sollen die Delegierten von den Bölfern gewählt werden, wie Brailsford meinte, der auf 5 Millionen der Bevölferung einen Delegierten rechnete? Sollen die Parsamente Delegationen entsenden?

Je nach der Regelung dieser Borfragen regeln sich die Fragen der Borsantwortlichkeit gegemüber den Auftraggebern, der Ancesennung und Durchsführung der Beschlüsse, der Machtinstrumente und der Kinanzierung.

Wie der Bötkerbund heute ist, ist er ja auch etwas historisch Gewordenes. Sein Justandesommen war das Resultat einer ganz bestimmten internationalen wirtschaftlichen und politischen Entwickung. Sie wird für die weitere Entwicklung des Bölkerdundes ebenfalls bestimmend sein. Seine Gestaltung im einzelnen und seine Fruchtbarmachung für die Interessen des internationalen Proletariats, der Mehrheit der Menschen, das sind Dinge, die von der positischen Entwicklung in den einzelnen Ländern und von der Betätigung der Arbeiter-Internationale abhängen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale nimmt zu allen Fragen selbs ständig Stellung. Sie läßt sich dabei von nichts anderem als von den internationalen sozialistischen Ideen leiten. Sie ist bemüht, ihre Politik auch im

Bolferbund gur Geltung gu bringen.

Unser Einfluß im Bölkerbund hängt ab von den Machtverhältnissen in den einzelnen Ländern. Er war bisher am stärften zur Zeit der Arbeiterregierung in England, der Herriot-Regierung in Frankreich, der sozialstlichen Regierungen in den nordischen Staaten, als das Genser Prototoll auf der Tagesordnung stand. Nach dem Scheitern des Prototolls machte der Bölkerbund eine ernste Krise durch. Die wieder völlig von den Bürgerlichen bescherzschen Regierungen wären den Bölkerbund am liebsten wieder loszeworden. Das läge nicht mehr im Interesse der Bölker, so unvollkommen der Bölkerbund auch noch ist, und so berechtigt auch die sozialistische Kritik bei verschiedenn seiner Handlungen oder Unterlassungen ist.

Wie sehr die Bölter einer ständigen internationalen Institution bedürfen, darüber belehrte uns inzwischen auch Sowjetrufland, das den Weg nach

Genf gefunden bat.

Neben den Fragen ber Demofratissierung des Bölferbunds, die von unseren internationalen Kongressen beantwortet werden muffen, gibt es

andere attuelle Bolterbundsfragen.

So die Frage der Teilnahme von Sozialisten an Bölkers bundsdelegationen. Solange die Delegationen von den Regierungen ernannt werden, ist die Position von Sozialisten innerhalb der Delegationen besonders schwierig. Ferner die Frage der Bildung sozialistischer Fraktionen in den Bölkerbundsinstanzen.

Die Exekutive "betrachtet es als Aufgabe des nächsten Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die Grundsätze der Attion der Internationale gegenüber dem Bölkerbund und seine Auffassung über dessen Demostratiscerung eingehender feltzusegen".

"Die Exefutive erkennt die Dienste, die Sozialisten als Bertreter ihrer Länder in Genf durch gemeinsame Arbeit für die Annaherung ber Bolter und

Durch eine Politif der Solidarität und des Friedens gemäß den Grundsägen der Anternationale leisten können.

Um die Arbeit der Sozialisten im Bölserbund so ersolgreich wie möglich zu machen, erklärt die Exekutive es für notwendig, daß die einzelnen Parteien die Boraussetzungen sessten, unter denen sie eines ihrer Wätglieder ermächtigen, ein Mandat zur Bersammlung oder im Rat des Bölserbundes anzusnehmen oder zu behalten, und daß sie jederzeit prüsen, oh die Umstände und die von der Regierung ausgehenden Weisungen die Ausübung des Mandats unter Bedingungen gestatten, die mit den Grundfägen des internationalen Sozialismus, den allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung und den Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vereindar sind."

Für die Abruftungsfragen ift von der Ezekutive eine Rommiffion eingesent.

Die Kommission hielt am 26. August 1926 ihre erste Sitzung ab. Sie beschloß nach eingehender Beratung, sich vorerst mit den unmittelbar attuellen Fragen der Abrüstung zu beschäftigen, "deren Lösung geeignet ist, unter den gegebenen Berhältnissen die praktische Berwirklichung der Abrüstung zu besichleunigen."

Den unserer Internationale angeschlossenen Parteien wurden fünf Fragen vorgelegt:

1. Sollen sobald wie möglich die an der Abrüstungskonserenz vertretenen Länder eingeladen werden, sich darüber zu äußern, welchen Abrüstungsmaßnahmen sie sur ihren Teil zuzustimmen bereit sind? Der Zweck der Konserenz wäre der, die Abrüstungsangebote der einzelnen Länder zu diskutieren, um sie miteinander in Uebereinstimmung zu bringen und ihren Umsang so weit wie möglich auszudehnen.

2. Falls es nicht gelänge, zu einer allgemeinen Abrüstungskonvention zu gelangen, sollen Anstrengungen gemacht werden, um gebietsweise (regionale) Abrüstungsvereinbarungen berbeizuführen?

3. Auf welche Weise follen die von einzelnen Ländern freiwillig durche geführten Abruftungsmaßmahmen gefördert werden?

4. Soll, um eine Bereinbarung über die Abrüstung wirksam du gestalten, eine internationale Kontrolle der Rüstungen und der Produktion zu Kriegs-aweden eingerichtet werden, und auf welche Weise kann diese Kontrolle wirks

fam gemacht werden?

5. Inwieweit haben die angeschlossenn Arbeiterparteien die Wöglichkeit, in ihrem eigenen Lande das Ausmaß der Kriegsvorbereitungen festzustellen und wirksam zu kontrollieren?

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erklärt sich mit jeder Besprechung einverstanden, welche die internationale Abrüstung sörderi Regionale Abrüstungsvereinbarungen können als Vorläuser allgemeiner Abrüstung bahnbrechend wirken. Bon einzelnen Ländern freiwillig durchgeführte körüstungsmaßmohmen können am besten dadurch gesördert werden, daß die geistige Bewegung zu stärtster Durchsührung der Abrüstung in jedem Lande in Kluß bleibt. Wit jeder internationalen Kontrolle der Rüstung und der Produktion von Kriegsgerät können wir einverstanden sein. Sine wirspame Kontrolle durch den Bölserbund kann aber erst einsehen, wenn der Bölserbund sich in Abrüstungsfragen mehr Autorität verschafft hat, als dis jest zu verspüren war. Die Stärke der deutschen sozialdemokratischen Bewegung, die ihre Verbindungen über das ganze Land hat, läßt es unmöglich erscheinen, daß heimliche Kriegsvorbereitungen in Deutschland sich auch nur auf kurze Zeit vor der Partei verbergen lassen. Daß die Sozialdemokratische Partei bereit ist, gegebenensals mit Nachdrus vorzugesen, hat ihr Kannts gegen die Bes

ziehungen gewisser Reichswehrstellen zu Sowjetinstanzen im Dezember vorigen Jahres der Oeffentlichkeit zur Genüge bewiesen. Wir haben wiederholt eine weitere Sigung der Abrüstungskommisson gesordert, um die Arbeiten in Flüg zu bringen und werden das auch ferner tun. Leider sind solche internationale Arbeiten zeitraubender, als uns allen lieb ist.

Bom 21. März bis zum 26. April 1927 beschäftigten sich in Gens Bertreter der Bölferbundsregierungen mit dem Abrüstungsproblem. Es handelte sich um die Tagung einer vorbereitenden Abrüstungsfommission.

Diese Kommission hatte die Ausgabe, das Programm der für 1928 in Aussicht genommenen Sitzung der Abrüstungskommission des Bölkerbundes aufzustellen.

Im Artikel 8 der Satzungen des Bölkerbundes wird den Staaten die herabsetzung der Rüstungen auf das mit der Sicherheit jedes Staates zu verseinbarende Minimum zur Pflicht gemacht. Die herabsetzung der heeressichte in Deutschland auf 100 000 Mann durch den Versauler Vertrag wurde als der praktische Ansang einer allgemeinen Abrüstung angesprochen.

Jest sollte eine internationale Bereinbarung über die Begrenzung und

Beidräntung der Ruftungen zuftandegefommen.

Also nicht eine Abrüstung war das nächste Ziel, sondern nur eine Beschränkung der weiteren Rüstungen. Dabei sollten nicht einmal Zahlen für die Rüstungsstärfe der einzelnen Staaten festgesetzt, sondern nur allgemeine Grundläke proflamiert werden.

In der Schlußstung teilte der Borsitzende der Borbereitenden Abrüstungskommission, Loudon, mit, daß ein einheitlicher Text für einen vorläufigen Abrüstungsentwurf nicht hergestellt werden konnte. Im Bericht ist angesührt, über welche Punkte man einig ist, worin die Gegensätze bestehen und wo Borbehalte gemacht worden sind. Die einzelnen Regierungen mögen nun alles prüsen und im weiteren Meinungsaustausch versuchen, zu einem einheitlichen Entwurf zu kommen.

Der Migerfolg ber Genfer Abrüstungsverhandlungen entspricht dem gegenwärtigen Erstarten der internationalen Reaftion. Die Regierungen verehren die Abrüstung platonisch oder verlangen sie von — ben anderen.

Damit ift der wirkliche Stond der Dinge aufgezeigt. Ihm gegenüber wirten die Friedensbeteuerungen der bürgerlichen Regierungsvertrefer nur tomisch.

Genosse de Broudere, neben Boncour der einzige Sozialist auf der Genfer Abrüstungstonserenz, sagte, durch ihre negativen Ergebnisse werde die Abrüstungstonserenz nicht eine Konferenz stür die Abrüstung, sondern eine für die Regelung militärischer Fragen. Und Boncour kam zu dem Schlusse: "Keine Abrüstung ohne neue Sicherheitsverträge."

Darauf scheint es in der Tat anzukommen. Der Kampf gegen Kriegsgesahren, das Sintreten sur Friedens- und Schiedsgerichtsverträge, für wirtschaftliche Abkommen und internationale Bereinbarungen, mit einem Wort, die positive sozialistische Friedenspolitik ist das ersolgreichste Wittel, die Kriegsrüftungen überklüssig zu machen.

Die Abrüstungskommisston der Sozialistischen Arbeiter-Internationale will sich nicht nur mit den aktuellen Abrüstungsfragen beschäftigen, sie will auch die prinzipielle Stellung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu den Kraaen der Hecresorganisation vorbereiten.

Damit kommen wir zu einem jener großen Probleme, das mit den Fragen über Arieg und Frieden und die Stellung der Sozialisten zum Krieg ausgemenbängt.

In den Statuten der Arbeiter-Internationale lautet Abfat 4:

"Die SUJ, ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges.

Bei Konflitten zwischen Rationen wird die SAI. von den angeschlossenen

Parteien für fich als höchfte Inftang anerkannt."

Daß die Arbeiter-Internationale ein Instrument auch während jedes Krieges sein muß —, mit diesem allgemeinen Grundsatz sind alle einverstanden. Die Frage, in welcher Weise das Instrument während eines Krieges benutzt werden soll, ist dagegen noch nicht geklärt.

Wir befämpfen die Kriegsgefahren, wo wir auf sie stoßen. Kriegssgefahren werden auch durch militärische Rüstungen herausbeschworen. Darum

fordern wir die militarifche Abruftung.

Dabei stoffen wir auf die Fragenkomplexe ber Wehrhaftmachung und des Bazisismus, über die Genosse Hilserding in seinem Referat im Sinne unserer internationalen Betätigung gesprochen hat. Ich darf also dies Kapitel in

meinem Bericht überfpringen.

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fordert in ihren Beschlüssen, Hamburger Kongreß 1923, die Arbeiterparteien aller Länder zum Kamps gegen den zum Krieg treibenden Kapitalismus auf. "Erstes Ersorbernis dieses Kampses ist es, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß sie ihren parlamentarischen Bertretern die Justimmung zu den imperialistischen Zweden dienenden Militär und Kriegsstediten verweigern."

Run gibt es Genossen, die für die Drohung mit einem Generalstreik gegen den imperialistischen Krieg eintreten. Ich glaube, daß man auch dem imperialistischen Krieg gegenüber über diese grundsätliche Abelhung, wie sie in dem zitierten Beschütz unserer Internationale enthalten ist, nicht hinausgehen kann. (Sehr richtig!) Es wäre bedenklich sür etwaige kommende Situationen, unsere Taktik im einzelnen vorherzubestimmen. Wird man gezwungen, doch anders zu handeln, dann gibt es Berwirrungen, Ansklagen, Miderlegungen, Auseinandersezungen, Schwankungen und schließlich eine zerbrochene Front, anstatt daß die ganze Krast gegen den gemeinfamen Keind gerichtet wird. Niemand wird den Generalstreik als Kampsmittel abslehnen. Er ist aber nicht das Mittel um ieden Verei und in ieder Situation.

Warum sollen wir aus gemachten Ersahrungen nicht lernen? Der Kongreh des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Rom 1922, erklärte: "daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Jukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen- zuwirken und den tatkächlichen Ausbruch eines Krieges durch Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreits zu verhindern". Der Kongreß sprach im Namen von 24 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Konnte diefer Beschluß zur Verhinderung des Marokkokrieges durchgeführt werden? War es möglich, durch die Proklamierung eines internationalen Generalstreits die triegerischen Aktionen der kapitalistischen Großmächte gegen das um seine Selbständigkeit ringende China zu verhindern?

Dürfen wir, weil wir, in bem fast entwaffneten Deutschland, als nicht direkt Beteiligte uns das leisten können, auf unseren Tagungen Wehrheiten gegen die Genossen in den direkt beteiligten Ländern zustandebringen belfen?

Und was wäre mit einem Beschluß erreicht, ben auszuführen diejenigen beim besten Willen nicht imstande wären, auf die es in erster Linie ankäme? Man denke sich in die Lage der englischen Arbeiter nach ihrem eben zu Ende gegangenen Bergarbeiterstreit. So leicht wie die Kommunisten es sich machen, ist die Sache nicht für uns. Die Kommunisten beschließen in der Regel, was die Sozialisten machen sollen. Wir müssen in unserer Internationale in wichtigen Dingen Berständigung und Bereinbarungen herbeis führen, und nicht rücksichtslos Beschlüsse durchsehen, wenn wir nicht das zerschlagen wollen, was wir international immerhin bereits ausgebaut haben.

Beschlüsse, die nicht durchgeführt werden können, schaffen Enttäuschungen und Verbitterungen bei allen, die an uns und unsere Sache glauben. Sie bedeuten Niederlagen und erzeugen Gefühse der Ohnmacht bei unsern Anstängern. Wir setzen uns dem Vorwurf der Dopppelzüngigkeit und dem Hohn und Spott unserer Gegner aus. Gewöhnen wir uns endlich alle daran, nie mehr zu versprechen, als wir halten können. Dann bleibt unsere Bewegung gesund und leistungsfähig. (Sehr richtig!)

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat in Hamburg ehrlich genug ausgesprochen, daß sie in Uebereinstimmung mit dem Haazer Weltsriedensstongreß 1922 die Notwendigkeit anerkennt, "zur vollständigen Klärung des Berhaltens der prosetarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen. Das Studium dieser Frage wird Pflicht der Internationale sein."

Denn über die Frage, was soll getan werden, wenn ein Krieg trot alledem ausbricht, liegen noch feine Entscheidungen vor.

Daß die Entwicklung auf dem Gebiet des politischen Kampfes neue Erscheinungen und Bedingungen schafft, beweißt auch der Fasch is mus. Er ist eine neue Erscheinung, eine internationale Erscheinung. Er herrscht gegenwärtig in Italien und bedrocht die Demotratie. Sein Entstehen und seine Betätigung sind überaus lehrreich für die sozialistische Bewegung.

Nach 1918 hatte die sozialistische Bewegung in Italien 160 Wahlfreise und etwa 3000 Gemeinden erobert. Die Massen waren ihr zugeströmt, stark waren die Gewerkschaften, ftäftig die Genossenschaften. Keine Regierung war möglich gegen die Sozialdemokraten. Die Arbeiter standen auf dem disherigen Höhepunkt ihrer Macht. Wie konnte diese stolze Macht niederzgeworsen werden?

Bis ins lette Jahrzehnt hinein überwogen in der italienischen Arbeitersbewegung die Landarbeiter, die sogenannten geistigen Arbeiter und die Ansgehörigen der freien Berufe. Die Zahl der Industriearbeiter war am tleinften. Erst in der jüngsten Zeit erlebte Italien seine industrielle Entwicklung.

Durch den Krieg und durch die Revolutionen in Ruhland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn waren die proletarischen Massen in Italien radiskalisiert worden. Sie drängten zu revolutionären Aftionen mit dem Ziel der "Sozialisterung". Landarbeiter und Bauern besetzten Gutshöse und Land. Arbeiter besetzten Betriebe. Im Gediet Mailand-Lurin hatten 500 000 Arbeiter in einem Monat 600 Betriebe in Besig genommen. Es wurden bewassnete Arbeiterwehren zur Bewachung der "sozialisierten" Betriebe aebildet.

Die Regierung fühlte fich nicht ftart genug, fie hielt fich gurud und verfuchte, nicht ohne Erfolge, ju vermitteln.

Im Bürgertum stiegen die Furcht und die Erbitterung gegen die Arbeiter. Es sühste sich beunruhigt durch die sortwährenden Streits und bedroht durch die synditalistische Methode der Lösung der Eigentumsfrage. Das Bürgertum fühlte sich in seinen Nöten von der Regierung im Stich gelassen. Da ents standen in den sachisstischen Gewalthausen die Retter. Mussolini war ihr Führer.

Wir wissen, daß Mussolini mahrend des Krieges aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen wurde, weil er, im Gegensatz zur Partei, für die Besteiligung Italiens am Krieg eingefreten mar.

1919 hatte sich ber Bund ber Kriegsteilnehmer gebilbet. Un seiner Spige stand Musselini. Der Bund forberte bie Enteignung von Grund und Boben,

von Fabriten und Bergwerten und von tirchlichen Befigtumern.

Burgerliche, Intellektuelle, Offiziere, die nach dem Kriege wieder ins zivite Leben gurudkehren sollten, arbeitslos gewordene Angestellte und Beamte aus Sandel, Gewerbe und Industrie folgten in immer größeren Massen Musiolinis Kahnen

Die faschistische Organisation stieg von 17 000 im Jahre 1919 auf rund 500 000 im Jahre 1922. Offiziere der regulären Armee fraternisierten ruit den Faschisten. Die salchistischen Hausen waren bewaffnet, ihnen standen Kasernen offen. Unternehmer und Grundbestger gaben den Faschisten Geld. Unisormiert, mit klingendem Spiel und sliegenden Fahnen zogen die Faschisten durch die Staken. Gewalttaten wurden von ihnen perübt.

Die Regierung ftand auch dieser Bewegung hilflos gegenüber. Die Fachiften wurden die Landstnechte ber Kapitaliften gegen die Arbeiter-

bewegung.

Der Marsch der Faschisten nach Rom, Oktober 1922, sand keine Gegenwehr. Nach der Ergreifung der Macht wurden auch die letzten sozialrevolutionären Forderungen aufgegeben. Mit dem Faschismus hatten die bestigenden Alassen über die Arbeiter gesiegt. Bon 13 direkten Steuern wurden 10 bestittig und dasür die indirekten Steuern verschärft. Staatsmonopole wurden ausgelöft, Telephon und Versicherungswesen dem Privatkapital übergeben, der Wieterschuf fiel, die Demokratie wurde vernichtet.

Die unerhörten Berbrechen und Bluttaten bes Schurfen Mussolini und seiner schuftigen Kreaturen werden ewige Schandflede in der Geschichte des

Rapitalismus fein.

Alehnlich wie in Italien ift die fachistische Bewegung auch in anderen Sändern entstanden. In Ungarn, in Desterreich, in Frankreich, in Belgien,

in England, in Deutschland.

Die saschistische Pest wütet dort am ärgsten, wo die Arbeiter über ihre Kraft hinaus vorgestoßen sind. Sie ist dort eine ernste Gesahr, wo die Arbeiter sich in unsinnigen Brudertämpsen aufreiben, sie gedeiht dort, wo die Arbeiter ihre Rechte und Errungenschaften gering achten, gar herabsetzen oder sie micht zu handhaben verstehen. Wöge jeder jene ergreisende Mahnung Turatis beherzigen, die er auf dem Marseiller Kongreß an die Arbeiter richtete: "For Genossen der freien Länder, die ihr das größte Gut genießt, das uns die Zivissfation gegeben hat, ihr wist vielseicht manchmal nicht genug zu ködzen, wie gewaltig dieses Gut ist, das ihr besitzt."

Der Falchismus stellt dem Kapitalismus in entscheidenden Auseinandersstungen die bewaffneten Henker gegen die Arbeiterbewegung, wenn der staatliche Machtapparat zu schwach oder wenn er infolge der demokratischen Entwicklung schon nicht mehr zuverlässig genug ist, um für die Reaktion ersolgreich zu sunfationieren. Der Kapitalismus schafft sich im Faschismus, bei sortschreitender Demokratisserung des politischen Lebens, seine Hause macht. Entschossen, wenn sein Bestand gefährdet scheint, sich durch bruiale Gewalt gegen alle und alles zu behaupten. Der Faschismus ist ein blindes Wertzeug des Kapitalismus.

Die Faschisten tommen in der Hauptsache aus dem Nachwuchs der bestigenden Klassen, dem es infolge der kapitalistischen Entwicklung immer schwieriger und unmöglicher wird, eine sichere "standesgemäße" Existenz im

Seer, in öffentlichen und privaten Amtsstellen zu finden. Ferner aus jenen Schichten ber sogenannten geistigen und freien Beruse, die, wenn auch wirtsschaftlich proletarisert, ideell noch in bürgerlichen Traditionen besangen sind. Dazu gesellen sich wirtschaftlich entwurzelte Angehörige der Mittelichichten, nichtausgetkärte Proletarier und allerlei Entgleiste mit mehr oder weniger geistigen und sittlichen Defetten.

Die Jbeologie des Falchismus ist verworren, wie die Buntschichtigteit seiner Zusammensehung. Sie hat alle Spielarten und nascht von den revolutionärsten Ansichten ebenso gern, wie von den reaktionärsten. Sie ändert sich in diesem Rahmen oft schelhaft schnell. Aur gewisse Grundtendenzen Lingen überall durch: Rassendaß, Dittaturgelüste, haß gegen die moderne Arbeiterbewegung und deren Errungenschaften.

Eine geistige Auseinandersetzung mit dem Falchismus ist, wegen der Untauglichkeit des Objekts, nicht möglich. Seine Gewalts und Machtgelüste lassen sich von einer geschlossenen und entschlossenen Abwehrorganisation meist schon durch ihre bloße Existenz unschäldlich machen. Kann der Faschismus in absehdarer Zeit nicht auf seine Rechnung kommen, dann versault er geistig und zerfällt organisatorisch.

Abwehrorganisationen gegen die sachistischen Gesahren entiftanden in verschiedenen Ländern. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale hat ebenfalls Wahnahmen gegen den Falchismus getroffen.

Für die Länder ohne Demofratie gilt gewiß das Wort unseres gemordeten Genossen Matteotti: "Jedes Bolf muß selbst mit eigener Kraft seine Freiheit erringen und wiedercrobern, wenn sie ihm entrissen wurde."

Dazu aber muß tommen die Hilfe der Internationale. Der Hamburger Kongreß sprach aus, "daß in der Auftlärung der öffentlichen Meinung der Welt der Internationale eine äußerst wichtige Kasse zur Korzsügung steht, um die Genossen in jenen Ländern zu verteidigen, in denen die gewaltfätige Reaftion herrscht." Genosse Bauer fügte hinzu: "Wir müssen wissen, mas in Italien vorgeht, müssen ser Welt erzählen und müssen dewissen aller zivilisserten Völker mobilisieren, als den stätsten Bundessenossen des italienischen Prosetariats." Die Mauer der sachistischen Zensurst durchbrochen. Jur weiteren Unterstützung der Parteien der Länder ohne Demokratie ist der Matkeotti-Fonds gebildet worden, den zu stärken wir alle noch mehr als bisher tun müssen.

Weiter ist unsere Internationale dabei, eine Kommission für die polistischen Gesangenen einzusetzen. Es gilt den Genossen hilfe zu bringen, die vom Fakhismus und, was wir nicht vergessen wollen, vom Bolichewismus

verfolgt und gemartert werben.

Wir mußten schttellen, daß "der Kamps gegen die Berfolgungen der Reaktion aus schwerste beeinträchtigt wird durch die Tatsache, daß das Systems des Terrors in der Sowjetunion, insbesondere in Georgien, noch unverändert weiterbesteht und zu einer dauernden Einrichtung wird. . . . Die Ezekutive verurteilt aus schärsste diese unsinnige Terrorssissem, das die Interessen der Sprosetariats der Sowjetunion und des interestationalen Sozialismus aufs schwerste schädigt und sordert alle angeschlossenen Parteien aus, insbesondere die sozialistische Presse, jede Gelegenheit auszunußen, um den gesangenen Genossen werde, und bsit eine allgemeine Amnestie und Abschaffung des Terrors in der Sowjetunion zu wirken." (Bravo! und Handelassen.)

Im Juli 1926 tagte in Wien eine internationale Konferenz der Rampforganisationen gegen den Faschismus. Es wurde eine ftanbige Kommission zur Abwehr des Faschismus mit dem Sitz in Wien eingesetzt, die in engster Berbindung mit dem Setretariat der Arbeiter-Internationale arbeitet.

Unsere Zeit mirb von den gewaltigen weltgeschichtlichen Ereignissen start beeinfluft, die fich in China abspielen. Geit 1923 gebort Die Sogialbemofratifche Bartei Chinas der Sozialiftifchen Arbeiter-Internationale an. Unfere Genoffen in China unterftuten die nationale Revolution mit allen Mitteln und pergichten in ber flaren Erfenntnis ber bortigen Lage gunächlt barauf, eigene fogialiftische Theen zu pertreten. Es fommt ihnen por allen Dingen barauf an, baf China feine nationale Gelbftandigfeit erringt. Erft bann fann der Rampf ber dinefischen Sozialiften gegen die dinefischen Rapitaliften für Die fogialiftischen Ibeen der Arbeiter-Internationale beginnen. Um fo mehr find die Methoden Sowiet-Ruklands zu perurteilen. Es fonnte bem dinefischen Befreiungsfampf aukerordentlich bienen, wenn es biefen Rampf mit auten Methoden unterftuken murbe. Sie alle fennen aber ben Berfall ber Ruomintana. Die Bolidemisten baben verlucht, Die deinefische Repolution über ihre eigenen, jungdit erreichbaren Biele hinauszutreiben. Die Folge mar eine ichmere blutige Niederlage des Bolichemismus in Ching, eine Somächung bes bortigen Broletariats, eine Gefährbung ber fozial-revolutionaren Beltrebungen ber dinefischen Arbeiterichaft überhaupt. Rach ber schweren Riederlage der Bolichewisten in China, die mit ihrer Methode England in China treffen und ben europäischen Rapitalismus bedroben wollten. bat die konservative Regierung von England in London zu einem neuen Schlag nicht nur gegen ben Bolichewismus, fonbern gegen die englische Arbeiterklaffe überhaupt ausgeholt. Sie bat die Begiehungen mit Sowiet-Rukland abgebrochen und beruft fich bafur auf angebliche Dokumente, Die nachweisen sollen, daß die Sowjetregierung versucht habe, die englische Regierung in ihrer Machtposition zu untergraben und dem Bolichewismus Die Wege zu bereiten. Mir millen, bak die bolichemiltische Regierung biefe Methode überall anwendet. Wir aber baben immer erklärt und tun es auch auf biefem Barteitag, ban bie Auseinandersetung ber Sozialisten mit ben Bolichewiften eine Angelegenheit ift, die wir mit ihnen abzumachen haben. (Gehr richtig!) Wir haben es immer abgelehnt, uns im Rampf gegen ben Bolichewismus mit irgendwelchen favitaliftifcburgerlichen Bewegungen gu lolidarifieren. (Gebr richtia!) Wir verurteilen die Sandlungen ber fonferpativen Regierung Englands in Uebereinstimmung mit der englischen Arbeiterpartei, (Bravo! und Sändetlatiden.) Wir erkennen durchaus, bafi Die konservative Regierung Englands die Bolidewistenbete Englands entfacht, um die englische Arbeiterbewegung im Grunde au treffen. Das Antiftreitgeset, die bevorstebenden Bahlen - es foll Stimmung gegen die englifche Arbeiterpartei gemacht werden. Deshalb gehört unfere volle Sympathie dem englischen Broletariat. Wir werden von Deutschland aus auf die Regierungen einwirten, damit eine etwa beabsichtigte Ginfreisungspolitif, eine Bolitif ber Blodabe nicht wieber Oberhand gewinnen fann. Wir werden alle politischen Bestrebungen befämpfen, die nur mit neuen wirtichaftlichen Berftorungen enden tonnen und die Bolfer wieder auseinandertreiben muffen. In diesem Sinne unterftugen wir ben Kompf bes dinesischen Broletariats und der englischen Arbeitertfasse, wie auch den Kampf der italienischen und rulliden Sozialiften gegen bie Methode ihrer Regierungen, Die fich auf hemmungsloseiter Reaftion aufbaut.

Aus dieser gedrängten Darlegung ersehen Sie, daß der Bericht über die Tätigkeit der sozialistischen Arbeiterinternationale alle Probleme, die international dem Sozialismus gestellt sind, in ihrer ganzen Hülle umfaht. Wir können mit Genugtuung seststellen, daß wir uns mit diesen großen Problemen ernst und sachlich auseinanderseten. Wir tun das in dem unerschütterlichen Glauben an die Sieghaftigkeit des internationalen Sozialismus. Die Begessterung, die wir für diesen Ramps brauchen, gewinnen wir aus der Ueberzeugung, daß wir Sozialdemokraten national und international im Dienster Menschheit sit die Wohlsahrt der Menschheit arbeiten. (Bravo! und Händeklasschen.)

Bors. Eggerstedt: Wir erbitten die Zustimmung des Parteitags ju solgemder Kundgebung an den Botschafter der Bereinigten Staaten Dr. Shurmann in Berlin:

"Der Sozialdemokratische Parteitag in Kiel, die Bertretung von über 820 000 politisch organisierten deutschen Sozialdemokraten, richtet an Euer Exzellenz die Bitte, dem Herrn Gouverneur von Massachussetes das Gesuch nach einer nochmaligen gründlichen Untersuchung der Beschuldigungen gegen Sacco und Banzetti zu unterbreiten. Alle uns zugänglichen Berichte lassen die Möglichkeit eines bedenklichen Justiziertums offen. Wir rusen im Ramen der Menschlichteit die amerikanischen Behörden an, damit um der furchkbaren Folgen willen diese Möglichkeit vermieden wird." (Bravo!) Ich nehme an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir im Namen der Menschlichkeit diese Aundgebung dem Botschafter zustellen. (Bravo! und Kändelsatkken.)

Dann übermittelt uns die Arbeiterpartei Luzemburgs Glückwünsche zum Parteitag. Ebenso entbietet der Parteiausschuß des Saargebiets sozialistischen Gruß.

Ich erteile nun dem Genoffen Pifard als Bertreter des besetzten Gebiets das Wort zu einer Erflärung.

Bitarb, Robleng: Im Ramen der Delegierten der noch besetten rheis nifchen Gebiete habe ich folgende Ertfarung abzugeben:

"Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrer Gesamtheit hat vom ersten Tage der Besetzung der Rheinlande ab in kameradschaftlicher Uebereinstimmung mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale mit ganzer Kraft gegen diese Kortführung des Krieges in anderer Korm gewirkt.

Die Bewölterung des besetzten Gebietes empfindet mit großer Befriedigung die in den letzten Jahren als Folge internationaler diplomatischer Unterhandlungen durchgeführten Erleichterungen. Wir stellen mit Genugtuung sest, daß diese Besterungen nicht nur in den Kreisen der sozialdemostratischen Anhänger, sondern saft von der gesamten Einwohnerschaft des Rheinlandes als ein Erfolg sozialdemostatischer Initiative gewürdigt werden. Auch der Einricht Deutschlands in den Völkerbund entsprach einer Forderung der sozialdemokratischen Politik.

Deshalb haben wir auch ein besonderes Recht, zu verlangen, daß die deutsche Republik im Bölkerbund als völlig gleichberechtigt behandelt und daß jede Ausnahmebehandlung Deutschsands oder eines seiner Gedietsteile beseitigt wird. Wir bedauern tief, seitstellen zu müssen, daß die an die Namen Locarno und Thoiry geknüpften Hossinungen disher bitter enttäuscht wurden. Es gibt heute keine Rechtsertigung mehr dafür, daß immer noch fremde Truppen mit allen für die Bevölkerung drückenden und das Wirkschaftsleden störenden Begleiterscheinungen im rheinischen Lande unterhalten werden. Starke militärische Verdände in einem friedlichen Lande ichaffen immer wieder Konslitsktoff und hören die Bemühung auf Schaffung einer Atmosphäre, in der allein zwei große Kulturnationen wie Frankreich und Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben vermögen. Deshalb

fordern wir in Uebereinstimmung mit der sozialistischen Arbeiter-Internationale und insbesondere mit unseren französischen Genossen, in deren Namen auf diesem Parteitag Brade, wie dankbar anerkannt werden soll, ein starkes Bekenntnis zu unserer Friedenspolitik und insbesondere sür die Räumung des Rheinlandes abgelegt hat, die baldige uneingeschränkte Juridnahme der Bestung ohne die Ankerlegung neuer wirtschaftlicher Lasten und ohne daß die Hoheitstechte der deutschen Republik durch neue, wie auch immer geartete, Kontrollmahnahmen eine Sinkhränkung erfahren.

Die Delegierten des besetzten Gebietes wissen sich in allen das Rheinland betreffenden Fragen einig mit der großen Sozialdemokratischen Partei. Sie bekennen sich rückhaltlos zu der außenpolitischen Linie, die die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion und die die Gesamtpartei ganz unabhängig von der jeweiligen Regierung versolgt haben. Wir fordern Vertrauen! Verstrauen der Friedensfreunde der ganzen Welk." (Bravo! und Händeklatischen.)

Gerhardt, Saargebiet: Gestatten Sie mir als Gaft, jedoch deutschen Landes, einige Worte! Das Saargebiet follte im Jahre 1919 Franfreich ein= verleibt werden. Im Saargebiet herrichte ehemals Ronig Stumm als Bertreter ber Großinduftrie. Clemenceau erflärte damals, 150 000 Saarfranten wünschten gur Mutter Frankreich gurudgutehren. Es gab damals feine 150 Saareinwohner, die diesen Bunich hatten, und neben einigen Gendlingen aus Innerfrantreich auch heute noch nicht. Wir follen nach dem Friedensbiftat im Sahre 1935 abstimmen, ob wir zu Deutschland zurudkehren, frangofisch werden, einen eigenen Staat oder unter ber Regierungsfommission des Bolferbundes einen eigenen Laben aufmachen wollen. Diefe Abstimmung ift längft ent= ichieden. In Frankreich glaubt fein Polititer mehr, bag bas Saargebiet in irgendwelcher Form Frankreich einverleibt merden will. Das Saargebiet ift deutsch, will deutsch bleiben und wird, mag kommen, was da will, beutsch sein. (Bravo! und Sandeflatichen.) Gelegentliche Besucher - Genoffe Sepering mag als Zeuge dienen - tonnen fich überzeugen, daß bei allen Festlichkeiten in Saarbruden die Jahne ichwarz-rot-gold vorherricht. (Brano!)

Im Reich ist nicht immer bei Regierung, Parteien und auch Privaten bas notwendige Berftandnis für bas Saargebiet vorhanden.

Wir sind ein Liliputstaat. Ein Staat in wirklichem Sinne sind wir nicht, sandern nur ein auf 15 Jahre aus der deutschen Republik herausgeschnittenes Gebiet, das die allerteuerste Berwaltung hat. Seine Bewohner sind, wenn auch deutsch, od international eingestellt, aus Realpolitk heraus pazifiskisch. Es gibt kein Dugend Einwohner im Saargediet, die nicht den Frieden wollen. Das kleine Gebiet kann ohne Frieden nicht leben.

Das Saarvolk ist wohl das fleißigste Bolk Europas. Das Proletariat dort ist nicht mehr das verschlante Bolk wie zu der Zeit, als König Stumm und die Bergräte Hilger usw. dort herrichten. Der neue Geist hat auch das Saarvolk erfast. Es hat eine gut geleitete Kresse, der nur eins sehlt: viele Kumpels und Hüttenarbeiter als Leser. Aber unsere Presse ist das führende Organ der Politik im Saargebiet und wird von den Kapitalisten deshalb begeisert. Wir haben im Saargebiet eine sehr dendstenswerte Parkeisorganisation. Zehntausende von Proletariern demonstrieren heute dort zum Schreden der Industrie. Das Reichsbanner zwingt die gesamten Massen in seinen Bann. (Bravo!) Die Arbeiterwohlsahrt ist von der Regierungskommission und den Gemeinden anerkannt und vom Proletariat behütet und geliebt. (Bravo!) Die Bertreter unserer Parkei im Saargebiet saben seit Jahren die Völkerbundspolitik bejaht. Wir waren die ersten, die, als es noch gesährlich war, Friedenspolitik zu machen, diese Bolitik einseiteten. Wir

find nach Genf gegangen und waren bort im Bölterbundsrat sührend in der Friedenspolitik. Wir sind manchmal als frankophil verschriesen worden. Das ist aber auch führenden Genossen im Neiche so ergangen und hat uns nicht getrossen. Wir sind zwar nicht nur dann deutsch, wenn wir mit dem Deutschen Reich gute Geschäfte machen können, sondern wir sind deutsch aus dem herzen heraus. (Bravo!)

Wir haben keine Ursache, der heutigen deutschen Regierung unser Berstrauen auszusprechen. Sie hat sämtlichen Beamten des Saargebiets, und zwar nicht nur den deutschen, sondern auch den französischen, eine Betreuungszulage von 1840 Francs gegeben. Aber den Arbeitern in irgendeiner Weise entsgegenzukommen, hat sie bisher abgelehnt. Nur den Knappickaftskassen hat sie auf Grund der zukünftigen Auswertung ihrer ehemaligen Kapitalien einen Borschuk gewährt.

Wir haben im Saargebiet längst nicht die Sozialgesetzgebung, die im Reichsgebiet vorhanden ist, kein Betriebsrätegeset, und kein Schlichtungswesen. Gewiß ist auch die Sozialgesetzgebung des Reiches noch verbesserungssedürftig, aber wir wären heilfroh, wenn wir das Betriebsrätegeset und das Schlichtungswesen erhalten könnten.

In steuerlicher hinstellt find wir bedeutend stärter belastet als die Genossen im Reich. Während bei Ihnen auf die Person 140 Mark tommen, beträgt bei uns die steuerliche Belastung 172 Mark, obschon wir teine Reparationstoften haben. Dazu kommen kommungse Belastungen,

Wir haben auch im Saargebiet ein sogen. Parlament, den Landesrat, der aber keine Rechte hat. 90 Prozent seiner Beschlüsse werden nicht beachtet, weil er nur gutachtlich arbeiten kann. Es desteht keine Immunität, kein Antragsrecht, kein Etatsrecht. Das Ganze ist eigentlich nur eine Komödie des Varlamentarismus.

Jum Schlusse möchte ich unseren Brüdern jenseits der Bogesen einen Gruß zurusen. Es darf feinen Krieg mehr zwischen Deutschland und Frankreich geben. Wir wisen im Saargebiet, daß 99 Prozent unserer Brüder in Frankreich keinen Krieg mehr wollen. Mir haben ein sehr seines Gesühl sür den Penbelschlag der auswärtigen Politik im Neich. Jeder amtliche Schwäher der beutschen Regierung schmeißt uns um Monate zurück. (Hört, bört!) Wir danken dem Parteivorstand für seine Völkerbundspolitik. Nur diese Außenpolitik tann es ermöglichen, daß wir recht bald wieder mit unserer herrlichen deutschen Republik unter den Fahnen schwarzerotzgold verzeinigt werden. (Bravo!)

Der Barteitag tritt nunmehr in die Aussprache ein.

Dr. Hanbach, hamburg: Ich möchte auf eine Angelegenheit eingehen, die uns als Sozialisten und Mitgliedern der Internationale besonders am Herzen liegt, auf die Angelegenheit China. Was mir dieser Tage erleben nußten, ist nichts mehr und nichts weniger als der vorläufige Jusammenbruch der chinesischen Kevolution. Gerade in diesem Augenblid ist es für uns oberste Pflicht, seltzustellen, daß ein hervorragender Anteil an dieser Niederlage des kämpsenden chinesischen Bolkes der Kommunistischen Parkei zusällt. (Sehr richtig!) Falls es uns mit der internationalen Gesinnung ernst ist, haben wir nunmehr die Ausgade, dem chinessischen Bolk in seinem Freiheitskanzi besser zu helsen, als es Moskau getan hat. Gerade der Umstand, daß wir keine starke Sozialdemokratie in China haben, hat viel zur Niederlage der chinessischen Revolution beigetragen. Gen. Erispien hat mit Recht darauf hinsgewiesen, wie schwere es ist, in den außereuropäischen Enderen ein sozials demokratische Paretei auszubauen. Aber nachdem das chinessiche Proletariat diese such diese funchtbaren Ersahrungen mit Moskau gemacht hat, wäre es vielleicht

boch möglich, mit Energie an die Sache heranzugehen und die sozialdemostratische Bewegung in China au ficten.

Gen, Crifpien bat mit großem Rachdrud barauf verwiesen, welche ungebeure Bedrohung des europäischen Friedens durch den Abbruch der Be-Biehungen zwischen London und Mostau entstanden ift. Wir als deutsche Sozialisten follten einmal prüfen, ob zu bieler ganzen Berickärfung der Lage die Außenpolitit des deutschen Burgerblods nicht auch beigetragen bat. Seit Thoirn im Berbit des vorigen Jahres hat fich Franfreich von England geloft, und seitdem wuchs die Jolation der frangofischen Bolitif. Die Regierungstrife in Deutschland, Die aus bem Streit um die Reichswehr entstand, hat in Mirtlichfeit tiefere Urfachen, zum großen Teil aukenpolitische Motive gehabt. Mir ift es nicht zweifelhaft, baf Dr. Schola von der Bolfspartei, der mit leiner Infterhurger Rede die große Regierungsfrise eingeleitet hat, im Auftrage feiner deutschnationalen Freunde besonders barauf hingearbeitet hat, ben jozialdemofratischen Ginfluß auf die deutsche Außenvolitif abzuschütteln. Bas feit diefer Zeit in der deutschen Außenpolitit geschehen ift, lagt fich in bie Worte faffen: Berbeiführung einer antifrangofifchen Roalition um jeden Preis. Das ift nicht gelungen. Aber die deutsche Aukenvolitif hat aum mindeften durch Baffivitat und Richtausnuhung der gegebenen Chancen Franfreich in die Urme Englands getrieben und damit der tonservativen Regierung Englands die Möglichkeit gegeben, heute mit folder Frechheit den Weltfrieden au bedroben. Wir werden infolgedeffen ungeachtet aller Ber-Dienste des herrn Stresemann in der Augenpolitit febr icharf aufvallen muffen, damit nicht im Ramen der Berftandigungspolitit eine Berftandigung mit Leuten erfolgt, die den Rrieg wollen. (Gehr gut!)

Ein Mort über das große Broblem der Kriegsverhinderung. Gerade iekt muffen mir uns darüber flat fein, ban durch einen Generalftreitbeichluß der Gang der Ereignille nicht aufgehalten werden fann. Rein Geringerer als Lenin bat in feiner Inftruttion an die Delegierten bes Brager Rongreffes erflärt: "It einmal der Krieg ausgebrochen, dann haben es bie Rommuniften nicht mehr in ber Sand, das rollende Rad der Greigniffe aufzuhalten". Lenin hat dabei sonderbarerweise vor der Silferding-Rautstyichen Illufion des Generalitreifs gewarnt, Gen. Silferding, der geftern andere Ansichten pertrat, wurde es febr fonderbar finden, dag fein Name im Busammenbang mit einer Musion genannt wird, die heute immer noch von den Rommuniften den Arbeitern vorgemacht wird. Streit, Rriegsdienste permeigerung uim, fonnen gutgemeinte Mittel fein; aber bas Broblem wird durch biese Wittel nicht gelöft. Auch bei einfacheren Mitteln ift Borlicht geboten, fo 3. B. bei ber Transportverweigerung. In hamburg tam Die tommuniftische Breffe vor einiger Zeit mit der Barole eines Streits ber Transportarbeiter. Die Waffenbandelsichiffe nach China follten nicht mehr perladen merden. Wir mußten feitstellen, daß der größte Teil der in Samburg perladenen Waffen an die Kantonregierung gegangen ift. (Sort, bott!) Was wir tun mulfen, ift in jedem Kalle, das Broletariat ju einer großen Beftimmtheit und Klarbeit zu erziehen. Der Weg zur Berhinderung bes Kricges heift: Eroberung der politifden Staatsgewalt. (Beifall.)

Dr. Breitsche, Berlin: Ich hatte mich eigentlich zum Wort gemeldet in der Hoffnung, den Begründungen des Großthüringer und des Leipziger Antrags entgegentreten zu können. Leider habe ich mich zu früh gemeldet und muß meine Abwehr den Angriffen der anderen Seite vorwegnehmen. Aus den Anträgen 177 und 178 will ich nur das Allerwesentlichkte herausnehmen. In dem Antrag Groß-Thüringens liegt eine Kritif an der auswärtigen Politik der Reichstagsfraktion, indem festgestellt wird, das die

Aukenvolitif Stresemanns fattifch zu einer Angelegenheit ber favitaliftifden Bourgeoifie geworben fei, daß Strefemann offen fur ben Raichismus Bartei crareife und daß das, was jest geschehe, die planmäßige Borbereitung eines fünftigen Imperialismus fei. Da wir nicht leugnen, daß wir in ben letten Rabren in arokem Umfanac hinter ber Aukenpolitit Strefemanns gestanden haben, ift diefe Rritif an Strefemann qualeich eine Rritif an unferer Saltung Wenn in dem Antrag gesagt wird. daß die Aukenpolitif Stresemanns in ihrer erften Beriode icheinbar auch Die Aukenpolitit ber Arbeiter gemefen fei fattifch aber jett zu einer Angelegenheit ber fapitaliftifden Bourgeoifie geworden fei, fo ertenne ich für meinen Teil Diefe Differengierung nicht an. Strefemanns Bolitit ift meder in Wirtlichkeit noch bem Scheine nach eine Politif der Arbeitertlaffe gewesen, auch nicht in ihrer erften Beriobe. Sie ift die Bolitit gewesen, die von den auch im Rapitalismus nach dem Rriege lebenben Berftandigungstendenzen biftiert mar. Diefe Berftanbigungstendengen find vorhanden, nachdem bie Bourgeoifie eingeseben bat, daß ber Arieg meder für die Sieger noch für die Beliegten ein Geschäft gemelen ift. (Sehr richtig!) Diese mirticafiliden Berftanbigungstenbengen find auf Die Idee ber Bereinigten Staaten von Europa gerichtet. Strefemann hat fie niemals im Interesse ber Arbeitertlasse aufgenommen, sondern immer im Interesse bergenigen Schichten, die er und seine Bartei vertritt. Wir haben fie unterftunt, weil wir genotigt find, jede Beftrebung zu forbern, Die geeignet ift, blutige Konflitte ju verhindern und an ihre Stelle eine friedliche Berständigung zu setzen. Unbeschadet unseres leuten Bieles, unbeichadet der Meberzeugung, daß nur die Bermirtlichung des Sozialismus die Garantie für ben bauernden Frieden ift, haben wir biefe Politit unterftutt. (3u= ftimmuna.) Wir haben die Aufgabe, in diefer Richtung auch weiterzugeben, mit all bem Migtrauen und ber Bachlamteit, Die felbitverständlich gegenüber einer bürgerlichen Aukenpolitik geboten ist. Aber wir dürfen uns niemals auf den Standpunkt stellen, daß wir von vornherein jede Augenpolitik abzulehnen haben, die von der hürgerlichen Seite porgefchlagen und burchgeführt mirb.

Wenn in dem Antrag weiter gelagt wird, daß Strefemann offen für ben Rafchismus Bartei ergriffen babe, fo marte ich die Ausführungen des Genoffen Betrich ab, der uns zweifellos fagen wird, wann das gescheben ist. Ich fann mich nur an den einen Fall erinnern, daß nach Angriffen, die ich in der Frage des albanischen Konflitts gegen Muffolini gerichtet hatte, Strefemann aufgestanden ift, um als Minifter biefe Angriffe einigermaßen abzudämpfen. Meiner Meinung nach muß er als burgerlicher Aukenminister biele Form mabren. Bon einer Parteinahme zugunften des Faichismus ift nach meiner Erinnerung teine Rebe gemesen. Strefemann ift, wie jeder Außenminister, verpflichtet, mit ben Regierungen ber anderen Staaten, auf beren forrette Begiehungen wir angewiesen find, nicht ju einem versonlichen Bruch tommen Bu laffen. Der Außenminister ber beutichen Republit fann fich als solcher in Die internen Berhaltniffe eines anderen Staates nicht einmischen, ebenso wenig in die Mostauer Angelegenheiten wie in die romifchen Angelegen= heiten Muffolinis. Ich glaube nicht, bak bie Bolitif, die mir bisber unterftütt haben, die Borbereitung des fünftigen Imperialismus ift.

Run hat Gen. Haubach gemeint, daß Scholz, ber Führer der Deutschen Boltspartei, wohl außenpolitische Aufträge seiner deutschnationalen Freunde ausgesührt habe, als er den Bürgerblack vorbereitete. Ich glaube, daß unser Freund Haubach die Tragweite der politischen Ideen des Herrn Scholz stark überschätzt. (Sehr richtig!) Ich din nicht geneigt, bei Herrn Scholz große, weitausschauende innens oder außenpolitische Pläne vorauszusetzen. (Sehr

gut!) Ich sehe nichts weiter, als daß herr Scholz ein herr ist, der aus gesellschaftlichen vielleicht noch mehr als aus politischen Gründen den Wunsch hat, mit den vornehmen herren der Deutschandlen Partei in einer Wunsch hat, mit den vornehmen herren der Deutschen Wacchiavellichen Absichten wird man bei dem Führer der Deutschen Vollspartei nicht voraussetzen dürsen, da auch, um machiavellistische Absichten zu hegen, politischer Berstand, politische Weitsicht notwendig sind, wie wir sie bei dem Führer der Deutschen Vollspartei vergeblich suchen würden. (Zustimmung.) Ich din auch der Meinung, daß die Deutschnationalen im Augenblich nicht den Wunsch und das Intersehe haben, auf die Außenpolitist einen nennenswerten Einfluß auszuüben. Sie sind bereit, jedes Opfer auf außenpolitischem Gediet zu bringen, wenn sie dafür nur ihre Jölle und Steuern erhalten. Genau so wie sie Locarno mitgemacht und damals Esselveringen sür 5 Mt. Getreidezoll preisgegeben haben, sind sie heute bereit, alles zu verdrennen, was sie angebetet haben, wenn nur ihre wirtschaftlichen Amburücke hertiedigt werden.

Zwei Worte zu der Hauptfrage des Tages, die sowohl Gen. Crispien wie Gen. Hauboch berührt haben. Auf China will ich nicht weiter eingehen. Ich glaube, daß unsere Politik gegenüber China richtig war. Sie erinnern sich, mit welchem Geheul die Rommunisten über uns hergefallen sind, als wir es seinerzeit ablehnten, die Regierung aufzusordern, die südchinesische Regierung anzuerkennen. Ich habe damals gesagt: wir müssen die Dinge erst abwarten. Ich habe darauf hingewiesen, daß Rußland selbst die nordchinesische Regierung anerkannt hat (Sehr richtig!); denn in Peking war die russische Gesandschaft. Inzwischen hat sich herausgestellt, welchen Irrtum wir begangen haben würden, wenn wir seinerzeit eine Regierung anerkannt hätten, die heute

icon gar nicht mehr eriftiert.

Brennend ift die Frage bes Berhältniffes zwischen Rufland und England. Die Gefahr ift ba. In dem Abbruch ber Beziehungen liegt eine Gefahr, mit der fich auch die Erekutive der Internationale in der nächsten Zeit ein= gebend zu beschäftigen baben wird. Bir fonnen nichts weiteres tun, als unter Betonung unserer Sympathien für den Bestand der Sowietrepublik politisch bie Reutralität ju mabren. Die "Deutsche Zeitung" und andere beutschnationale Organe baben erflärt, es fei nötig, bak Deutschland mit England gebe. Allerdings muffe fich Deutschland dafür einen hoben Breis zahlen laffen, und diefer Breis fonne nur in der Befreiung der Rheinlande besteben, indem England einen Drud auf Frantreich ausübe, die Rheinlande zu räumen. Ich stehe auf bem Standpunkt: es gibt keinen Breis, um ben wir bereit waren, in eine Roalition gegen Sowjetrufland einzutreten. (Beifall.) Rein Breis ist boch genug, um uns von der Linie abzubringen, die barin besteht, daß wir soweit als möglich freundschaftliche Berftandigung mit Rufland aufrechterhalten wollen, ohne uns allerdings zu einem politischen Anhängsel bes bolichemistischen Imperialismus machen zu laffen. Unfere Barole ift Neutralität in biefem Konflift. 3ch glaube, daß feiner ber Bertreter bes Saargebiets oder ber Rheinlande uns auffordern murde, uns mit England que Tammenautun, wenn baburch die Moalichfeit bestande, Die Befakungszeit an Saar und Rhein zu verfürzen oder fofort zu beseitigen. Wir als Sozialisten haben ein weit größeres Recht, die Beseitigung ber Besatung zu fordern als Die nationalistischen Elemente, benn wir haben immer in ben guten Begiehungen ju Franfreich und England bas Kernstud unierer auswärtigen Bolitit gefeben.

Warum die Befreiung noch nicht gekommen ist, das auszuführen, würde zuviel Zeit in Anspruch nehmen. Ich glaube, daß bei dem letzen Schritt der deutschen Regierung auf diesem Gebiete Fehler gemacht worden sind, indem man in Paris zu beutlich hat erkennen lassen: Strejemann muß die Räumung haben um der Opposition willen, die ihm von seinen deutschnationalen Bundessenossen sonit gemacht wird. Kein Franzose ist bereit, die Rheinslandkäumung etwa als ein Jugeständnis an eine deutschnationale Forderung herzugeben. Die Deutschnationalen werden mit ihrer Forderung die Situation nur verschlimmern. Wir stellen die Forderung von einem ganz andern Standpunst aus. Wir wissen nicht, ob sie bast erfüllt wird. Wir wissen nur, daß der Westen seine nog mit dem Osten verbunden ist, daß die Rheinsande dann nicht geräumt werden, wenn die Deutschnationalen gen Osten reiten wollen, wenn herzgt und andere den Anschein erweden, als wollten wir im Rheinsand freie Fand bekommen, um uns gegen Posen zu wenden und die Grenzen, die uns allen nicht gesallen, mit Wassenvallt modifizieren.

Wir mussen zu einer Verständigung mit Polen gelangen, das ist eine Voraussezung für die Räumung des Rheingebiets. Wir mussen den Polen sagen: wie ihr es macht, mit der Politik der Nadelstiche und der Brutalität in Ostoberschlesien, geht es nicht. Aber wir wissen auch, daß zwischen uns und Polen eine Klust des Mittauens liegt, die nicht zuletzt hergestellt worden ist durch die 100 Jahre versehlte Polenpolitik der preußischen Regierung. (Sehr richtig!) Wir wenden uns von diesem Nationalismus ab und hoffen, daß unsere sozialistischen Freunde in Polen den Nationalismus in ihrem Lande bekämpfen.

Auf die Frage des Generalstreits gehe ich nicht weiter ein. Wir sind dabei bisher immer zu dem Ergebnis gelangt, daß eine Generalstreitparole nicht eine Parole ist, von der wir uns einen Erfolg zur Abwehr des Krieges versprechen.

Roch ein Wort zu bem Antrag, in bem gesagt wird, daß bie Teilnahme an favitaliftiden Rriegen ber Sozialbemofratie verboten fein foll. 36 mundere mich nur, daß nicht hineingeschrieben worden ift: Bolizeilich verboten. So fann man es wirklich nicht machen. Gewiß, wir find Bagififten und jollen es aussprechen, bak mir es find. Mir find nicht Bagififten im Sinne eines Tolitoianismus, nicht Bagififten, Die erflären: fomme, mas wolle - wir vergidten auf die Berteibigung ber Rechte und ber nationalen Unipruche, die auch Die Arbeitericaft zu ben ihrigen gemacht bat. Bir find Bagififten in bem Sinne, daß mir unfere gange Rraft anftrengen, um auf dem Boden bes jest Bestehenden, um mit Silfe ber Organisationen, die - mogen fie fogialistisch fein ober nicht - international geschaffen find und eine Möglichfeit zur Kriegsverhütung bieten, alles ju tun auf dem Beg über Bolferbund und Schiebsgerichte, über Abruftung und Sicherheitsverträge, mas bie Möglichkeit bes Rriegsausbruchs bintanguhalten geeignet ift. Wir tonnen nicht erft in Aftion treten, menn der Krieg ausgebrochen ift, wenn der Sabel feine Berrichaft angetreten bat, wenn ber Blutraufch über die Maffen gefommen ift, wenn bie Wehirne burch die Liigen perfleiftert find. Wir haben porber mitzuarbeiten an der technischen Grundlegung ber Friedensmöglichfeiten, immer in bem Bewuhtsein: das find alles nur porläufige und porbereitende Magregeln, erst ber Triumph des internationalen Sozialismus über den Kapitalismus wird die Grundlagen bauernden Friedens legen. (Lebhafter Beifall.)

Betrich, Gera: Die Großthüringer Entschließung bat in ben Auseinandersetzungen eine beträchtliche Rolle gespielt, und ich glaube, daß die ganze Thüringer Delegation, die diese Entschließung einstimmig gesat hat, sich darüber freut, daß die Dinge, die in der Resolution behandelt werden, hier zur Aussprache tommen. Die Entschließung übt im ersten Teil Kritik an der Ausenpolitik Stresemanns und behandelt im zweiten Teil die Aufgaben

der Internationale. Genosse Crispien hat versucht, die Tätigkeit der Internationale in möglichst günstigem Licht erscheinen zu lassen. Ich glaube, wir wären zu bescheiden, wenn wir uns mit dem zusrieden geben würden, was die Internationale bisher geseistet hat. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, volktommen bewaßt. Bom Genossen Friedrich Abler stammt das Wort, daß die Margisten in der Internationale eine Minderheit darstellen, und daß es darauf ausommt, die Internationale mit margistischem Geist zu erfüllen. In diesem Sinne hat Adler seine Sekretärätigkeit in der Internationale ausgesaßt. Wir mülsen heute sektstellen, daß die Ergebnisse wenig ausriedenstellend sind.

Ich teile nicht die Auffassung von Breitscheid, daß die Internationale erst dann praktische Bedeutung haben wird, wenn der internationale Sozialismus triumphiert, sondern die einzelnen sozialistischen Parteien in den Ländern haben die Pflicht, ihren internationalen Berpflichtungen nachzukommen. In dem Wate, wie das geschieht, wird die Internationale aktionsfähig. Wir nüssen dahin kommen, daß die Arbeitermassen wirklich für internationale

Aufgaben aftionsfähig gemacht merden.

Einige Worte zu der Resolution 208! Wir haben davon abgesehen, eine eigene Resolution einzubringen. Wir möchten aber nicht versehlen, hier auszuhrechen, in welchen Kunten uns diese Resolution nicht genügt. Das ift im zweiten Teil der Fall, wo von der Rüftungsbeschränkung gesprochen wird, während an einer andern Stelle gestagt wird, daß wir eine wirklich ernst zu nehmende Einschränkung der Rüftungen anstreben. Was heißt denn Einschränkung der Rüftungen? Das ist noch weniger als Abrüstung. Abzüstung ist schon sehr wenig, und eine Einschränkung der Abrüstung ist ziemlich gleich null. Also in diesem Punkt versagt die Entschließung des Genossen Erispien vollkommen.

Roch einige Worte zu den Ausführungen des Genossen Breitscheid über die Politik Stresemanns! Es ist in entscheidenden Situationen immer gesagt worden, die Außenpolitik Stresemanns sei die unstige. (Breitscheid: Das habe ich niemals gesagt!) Riemals ist eine wirklich grundsätische Abgrenzung unserer außenpolitischen Aufschlicheid, ist das in der letzen Reichstagsrede zum Ausdruck gekommen, die wohl im ganzen Lande sehr undefriedigt gesassen Ausdruck gekommen, die wohl im ganzen Lande sehr undefriedigt gesassen Ausdruck gekommen, die wohl im ganzen Lande sehr undefriedigt gesassen auszusprechen, was tatsächlich ist. Ich din der Weinung, daß nicht genug vor der Aufsassung gewarnt werden kann, daß die Außenpolitik Stresemanns geeignet wäre, den Frieden zu sichern, und ich glaube auch, daß wir, wenn es daraus ankommt, nicht mehr den Einfluß haben, die Außenpolitik stresemstellen, daß sie wirtlich den Frieden sichern kann. Die Außenpolitik Stresemanns ist mit den Absichten und Plänen der Deutschnationalen so eng verdunden, daß ein ernsthafter Gegensat nicht mehr besteht.

Einige Worte möchte ich noch zu dem englisch-russischen Konflikt sprechen und die Frage auswerfen, welche Pflichten die Internationale in dieser Beziehung hat. Genosse Breitscheid hat gesagt, daß die deutsche Regierungspolitif in diesem Augendlich neutral sein müsse. Das ist richtig Aber die Internationale hat in dieser Situation ihre ganz bestimmten Ausgaben, die in den Entschliehungen von Marseille sestgelegt sind. Die Aussallung von den friedlichen Entwicklungstendenzen des Imperialismus, die seit einiger Zeit in unserer Partei Platz gegriffen hat, ist durch den Ganz der Dinge endgültig widerlegt. Der Imperialismus ist nicht friedlich, sondern da, wo er zu entschedenden Ausseinandersehungen ausholt, kriegerisch gerichtet. Die alte Aussaliung, daß der Imperialismus und Kapitalismus der Krieg sei, und der

Sozialismus der Friede, hat heute noch genau so Geltung wie vor 20 Jahren. Indem wir für den Sozialismus tämpfen und dem internationalen Proletariat internationale Aufgaben stellen, tämpfen wir für den Frieden. (Beifall.)

Cripien (Barteiporftand, Schluftwort): Ich habe nur einige Bemerfungen gegenüber bem Genoffen Betrich ju machen. Er fagte, er fei mit ber Arbeit der logialistischen Arbeiter-Internationale nicht gufrieden. Ich fann ihm erflären, bak es in ber Internationale nicht einen Genoffen gibt, ber nicht ebenfalls unzufrieden mare mit bem, mas mir international bisher leiften fonnten. Das ift aber nicht auf irgendwelche Unterlassungen der Internationale aurudauführen, sondern auf rein objeftive Dinge. Es ift unmöglich, mehr au tun, als gegenwärtig getan wird, und amar aus ben Grunden, bie ich in meinem Bericht ausführlich bargelegt habe. Es ist die Unzufriedenheit eines echten Sozialbemofraten mit ber Bewegung, um fie immer ftarter und leiftungsfähiger zu machen. Injofern ift ein Gegenfan zwischen uns und bem Genoffen Betrich nicht vorhanden. Ich halte es aber für untlug, wenn jemand erflärt, unfere Internationale fei vollständig ohnmächtig, und ich verwahre mich gegen die Unterstellung, als batte ich ben Nachweis geführt, baf bie Internationale ohnmächtig fei. Ich habe nur gefagt, die Internationale fonne im Augenblid Sandlungen über eine bestimmte Grenze nicht durchführen, weil bagu bie Rorbebingungen noch nicht gegeben find, die vom Stand ber mirticaftlichen und politiiden Entwidlung der Arbeiterbewegung in ben verichiedenen Landern bestimmt werden. Ich habe nachgewiesen, bag wir nicht ohnmächtig find, sondern eine febr erfolgreiche internationale Politit treiben tonnten. Wie tann man eine folde Bebauptung aufftellen, wenn man boch willen mußte, bak es uns möglich gewelen ift, die Reparationsleiftungen im Londoner Abkommen herunterzuseten, bak es moglich gewesen ift, Die Schaffung einer Atempause fur die deutsche Wirtichaft zu erreichen und meiter die Ginführung mirtichaftlicher Methoden zur Ermittlung der deutschen Leiftungsfähigfeit zu erlangen, Die Befreiung des Rubrgebiets und Rolns, die Berminderung der Rheinlandbefehung, die Wiederherftellung der handelspolitischen Freiheit Deutschlands, die Beseitigung ber Fesseln für die givile Luftfahrt, Die Sicherung des Friedens in Europa burch den Rheinlandpatt und die Schiedegerichtsvertrage mit Franfreich, Belgien, Bolen und ber Tichechoflowafei, ber endgültige Friedensichluß durch Aufnahme Deutschlands in ben Bolferbund, die Anbahnung ber Auslohnung amifchen Deutschland und Frankreich und ber völligen Raumung ber befetten Gebiete vor Ablauf ber vorgelebenen Frift, die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigte Große macht, die Beendigung ber Militartontrolle, ber Abaug ber frangofischen Truppen aus dem Saargebiet bis spätestens Juni 1927 und die Berminderung bes Bahnichunes auf 800 Mann. Wenn man diese Exfolge feststellen tann, fann man nicht behaupten, daß wir vollständig ohnmächtig in unserer internationalen Politik feien. Ich habe mich nur dagegen gewandt, bag man uns im Augenblid mehr Aufgaben gufprechen will, als wir erfüllen fonnen, um bei den Arbeitern feine Mufionen auftommen zu laffen.

Ich habe mich gewundert, daß Petrich den margiftischen Geist in der Internationale vermißt. Ich empsehle ihm, die Grundste der Internationale zu lesen, in denen steht: es dürsen sich nur Parteien anschließen, die die margistischen Grundsätz anerkennen, die Ueberwindung des Kapitalissmus durch den Sozialismus, wozu das Mittel des Klassendungs der Arbeiter gegen die Kapitalisten angewendet werden soll. Die Kritik des Genossen betrieß ist also ohne jede Unterlage. Es kann auch nicht gelagt werden, daß Stresemann unsere Politik betreibt. Wir haben die politischen Handlungen der Regierung in jedem Falle kritisch gewürdigt, und zwar gerade in der

letzten Zeit, weil Stresemann in der Schulfrage Oberschlesiens und in der Frage der Besatzung des Saargebiets Zugeständnisse gemacht hat, die über die Berpflichtungen der deutschen Republik hinausgeben.

Wenn Betrich gemeint hat, in unserer Entschliegung wurde nicht von einer volltommenen Abruftung, fondern nur von Ruftungsbeichräntung gefprocen, so mache ich darauf aufmerklam, dan wir im Augenblid feine Beranlaffung haben, eine vollständige Abruftung in allen Landern zu fordern, Darüber find mir uns einig, daß wie jede imperialiftische Ruftung, jeben Militarismus befämpfen. Aber wir fonnen nicht verlangen, daß 3. B. die öfterreichischen Genoffen die Wehrmacht beleitigen, damit die ungarifchen Monarchiften über diefes Land herfallen fonnen. (Sehr richtig!) Bir fordern in unfern Brogrammen in Deutschland, Defterreich, Franfreich und überall. daß die Wehr, die in diesen gandern vorhanden ift, unbedingt republikanisch auverläffig ift, alfo ein Inftrument der Berteidigung gegen reaftionare An-Schläge von innen und außen. Was Rugland anbetrifft, so möchte ich ausbrudlich hervorheben, daß ich von den ruffifchen Genoffen beauftragt bin, gu ertlären, daß auch fie jede Roalierung mit einer burgerlichen Regierung gegen Sowietrukland ablehnen, und ich möchte weiter fagen, daß wir mit ihnen ents ichloffen find, gegen jede burgerliche Regierung anzukämpfen, die aus diefem neuen Streitfall friegerifche Bermidlungen au machen gedenft.

Noch ein Wort über die Frage, wie es möglich fei, bag Sozialiften von einer friedlichen Tendeng im Rapitalismus fprechen tonnen. Ich fann mich hierbei auf Marx berufen, der in feinen Schriften bargelegt bat, bag es auch für ben Rapitalismus Beiten gibt, wo er auf eine friedliche Entwidlung in feinem eigenen Interesse angewiesen ift. Wenn ber Kapitalismus Barenabnehmer und Arbeitstrafte braucht, wenn er Goldfavital in produttives Rapital ummandeln will, dann braucht er friedliche Berbaltniffe. Man tann nicht mit Ranonen und Giftgafen Waren ablegen und Arbeitsfrafte gewinnen. Es ift fo, daß dem Kapitalismus Tenbengen gu Krieg und gu Frieden innewohnen, die je nach der Situation, bald die eine, bald die andere ftarker auftreten. Als Sozialisten muffen wir friedliche Tendenzen, die im Rapitalismus vorhanden lind, fordern und verluchen, den widerfpruchspollen Rapitalismus durch die fogialiftische Gesellichaft ju überwinden. Benn mah fragt, mas wir tun fonnen, um unfere Genoffen in China, England, Italien. Sowietrufland ju unterftuten, bann antworte ich: bie befte Unterftutung der unterdrudten Bolter und Arbeitermaffen ift der geichloffene Rlaffentampf bes europäischen Broletariats gegen die Reaftion in ben einzelnen gandern. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag nimmt einstimmig den Antrag 203 an und erflärt die Anträge 177 und 178 dadurch für erledigt, ebenso Antrag 68.

Antrag 179 wird der Internationale überwiesen.

Antrag 180 ift beim erften Bunft ber Tagesordnung erledigt worden.

Bum Bericht der Agrarfommiffion erhalt das Bort Georg Schmidt, Berlin.

Georg Schmidt, Berlin: Ihnen liegt ber neugefaste Entwurf eines Agrarprogramms vor.

Im Abschnitt IV muß es nicht heißen: "die Sozialpolitit", sondern die "Steuerpolitit". Ich bitte, diesen Drucksehler zu berichtigen. Dann bitte ich, ben Redakteuren des Entwurfs die Bollmacht zu geben, einige Fremdwörter ohne sachliche Aenderung zu verdeutschen.

Erfreulicherweise kann ich berichten, daß die Agrartommission nach einer längeren Rede und weiteren Aussührungen des Genossen Kregen sich einstimmig auf den vorliegenden Entwurf geeinigt hat. (Bravo!) Richt alle

Wünsche des Genossen Kregen haben dabei Aufnahme gefunden wie d. B. bezüglich der Monopolfrage. Aber andererseits sind auch die Wünsche des einen oder anderen Kommissionsmitgliedes nicht befriedigt worden. Tropbem ist die Einigung zustandegekommen.

Unter I Ziffer 2 ist ber Sat hinzugefügt worden: "Der nicht staatliche Waldbestig ist einer wirksamen Staatsaussicht zu unterwerfen." Dies gitt sowohl für Privatbetriebe und solche in öffentlicher Hand (Gemeindes und Kirchenwaldungen). Wir mussen im großen und kleinen Forstbetrieb zu einer rationalen Wirtichaft kommen.

Unter I Biffer 3 ift ber Cag bingugefügt: "Die bisherigen bauerlichen Birt-

Sehr wesentsich ist die Einflügung eines neuen Absates an derselben Stelle: "Die auf dem enteigneten Boden beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind der Besiedlung bevorzugt zu berücksichtigen." Wenn wir die Landslucht bekämpfen wollen, die im wesentlichen nichts anderes ist als die Abwanderung der Landarbeiter aus den landwirtschaftlichen Betrieben, millen wir in erster Linie dafür eintreten, das auf dem Land arbeitende Voll in seiner Gesamtbeit auch dem Lande zu erhalten. (Bravol)

In einer Ihnen zugegangenen Drudsache bes Landarbeiterverbandes ist in einem Aritel "Agrarreform und Landarbeiterschickal in der Tschecho-Slowakei" die Entwicklung dargelegt, wie die Landarbeiter insolge der nationalen Sinstellung bei der Siedlung der enteigneten deutschen Süter in die Städte und Industriebezirke abwanderten. Das wollen wir nicht, und deshalb sit dieser Jusak aufgenommen. Auch in Deutschland sind bei der Aufteilung von Gütern manchmal Schwierigkeiten entstanden, weil die Landarbeiter nicht untergebracht wurden. Sine geldliche Entschädigung nützt nicht viel, sondern wir müssen dahin wirken, daß sie angesiedelt werden. Es muß aber bei jeder Gelegenheit ausgesprochen werden, daß die Ersüllung des Wunsches, das Landarbeitervolk, Kleinbauern und Kleinbauernsöhne auf dem Lande anzusiedeln, nur möglich ist, wenn die politische Macht der Sozialdemokratie verstärkt wird. (Sehr richtig!) Wir werden hierbei von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen auf Widerstand koken.

Durch Einfügung des dritten Absates an dieser Stelle soll einem Bunsche ber Opposition Rechnung getragen werden, Großbetriebe in allgemeine Bewirschaftung zu nehmen. Dazu gehört allerdings auch eine entsprechende Erziehung des Landvolkes, eine geistige Umstellung der Landarbeiterschaft und eine andere Einstellung der Kleinbauernichaft. (Sehr richtigt)

Unter I Ziffer 5 sind die Worte "nach Möglichteit" gestrichen worden. In der Industrie und dem Gewerbe kann ein Betriebswechsel viel eher erfolgen. In der Landwirtschaft muß der Bauer und auch der Großlandwirt in seinem Betrieb gesichert sein. Aber Betrieb und Besitz, Betrieb und Eigentum sind grundverschiedene Dinge. (Sehr richtig!) Die Domänenpächter in Deutschland die im allgemeinen nicht zu den schlechtesten Landwirten gehören, wirtschaften auch nicht auf ihrem Eigentum, sondern auf Land, das dem Staat gehört.

Eine sehr wichtige Ergänzung ist bei den Forderungen für die Land- und Forstarbeiter erfolgt, nämlich der Hinweis auf den Lohnkampf der Land- arbeiterschaft. Die Land- und Forstarbeiter müssen mehr als disher in ihrem Freiheitskampf dieselben Wege betreten wie die industriellen Arbeiter. Wir unterstreichen es nochmals, daß eine Befreiung des Landproletariats um so mehr von Erfolg begleitet sein wird, wenn die politische Macht der Arbeiterstasse färfer wird. Der gewerkschaftliche Kampf hat disher erheblich zur Bersbesterung der Land der Landarbeiter besaetzagen.